

**Januar 2013**

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

# ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung .....	2
Politikerbewertung: Merkel mit Plus auf Platz 1, Steinbrück mit zweistelligem Minus .....	3
Fast jeder Zweite: Steinbrück schadet dem SPD-Wahlkampf.....	5
Kanzler-Direktwahl: Merkel distanziert Steinbrück.....	6
Profilvergleich: Merkel stärkere Führungspersönlichkeit und glaubwürdiger als Steinbrück .....	7
Sonntagsfrage: SPD nun 13 Punkte hinter der Union .....	8
Mehrheit gegen Fortsetzung von Schwarz-Gelb wächst .....	10
FDP: Rücktritt Röslers würde Probleme nicht beseitigen .....	11
Bürger plädieren für Unions-geführte Bundesregierung nach der Wahl .....	12
Euro- und Schuldenkrise wird weiter als bedrohlich empfunden .....	13
Jeder Zweite sieht Gerechtigkeitslücke.....	15
Mehrheit profitiert nicht vom Wirtschaftswachstum .....	16
Alle Parteien haben ein Glaubwürdigkeitsdefizit.....	17

## ARD – DeutschlandTREND Januar 2013

Umfrage zur politischen Stimmung  
im Auftrag der ARD-Tagesthemen und DIE WELT

### Untersuchungsanlage

---

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Randomstichprobe
WDR-Autor	Jörg Schönenborn: 0221 220-1800
WDR-Redakteur	Ingmar Cario: 0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung Infratest dimap	Heiko Gothe: 030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.001 Befragte Sonntagsfrage: 1.501 Befragte Fragen zur Wechselstimmung: rund 500 Befragte
Erhebungszeitraum	7. bis 8. Januar 2013 Sonntagsfrage: 7. bis 9. Januar 2013
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Durchführendes Institut:	Infratest dimap
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer: 030 53322-113 Reinhard Schlinkert: 0228 32969-3

## Zusammenfassung

Der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück muss nach der Debatte um seine Äußerungen zum Gehaltsniveau deutscher Bundeskanzler einen massiven Ansehensverlust hinnehmen: Nur noch 36 Prozent der Bürger sind zufrieden mit seiner Arbeit – ein Minus von 12 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Auch in der eigenen Anhängerschaft verliert er zweistellig. Spitzenreiterin der Rangliste ist weiterhin Kanzlerin Angela Merkel mit einem Zustimmungswert von 65 Prozent. Nach dem Dreikönigstreffen der Liberalen kann von den drei abgefragten FDP-Politikern lediglich Fraktionschef Rainer Brüderle zulegen und erreicht seinen besten Wert im ARD-DeutschlandTREND (37 Prozent, +6).

Steinbrücks Ansehensverlust ist in einem Defizit an Glaubwürdigkeit begründet: 82 Prozent finden zwar gut, dass er „kein Blatt vor den Mund nimmt“, zugleich sind jedoch 46 Prozent überzeugt, dass er sich mehr an seinen persönlichen Interessen orientiert als an den Interessen seiner Partei. Zudem nimmt ihm die Hälfte der Bevölkerung nicht ab, dass ihm das für die Sozialdemokraten zentrale Thema soziale Gerechtigkeit wichtig ist. Auch in den eigenen Reihen äußert ein Drittel diese Skepsis. Obwohl 44 Prozent Steinbrück das Amt zutrauen, sind ebenso viele (45 Prozent) der Auffassung, dass er der SPD im Wahlkampf schaden wird. In der Kanzlerpräferenz vergrößert Merkel ihren Vorsprung vor dem Sozialdemokraten auf 25 Punkte. Im Profilvergleich gilt sie als glaubwürdiger, sympathischer und eher in der Lage die Euro- und Schuldenkrise zu bewältigen. Steinbrück vermochte seinen knappen Vorsprung beim Einsatz für soziale Gerechtigkeit in den letzten beiden Monaten nicht auszubauen.

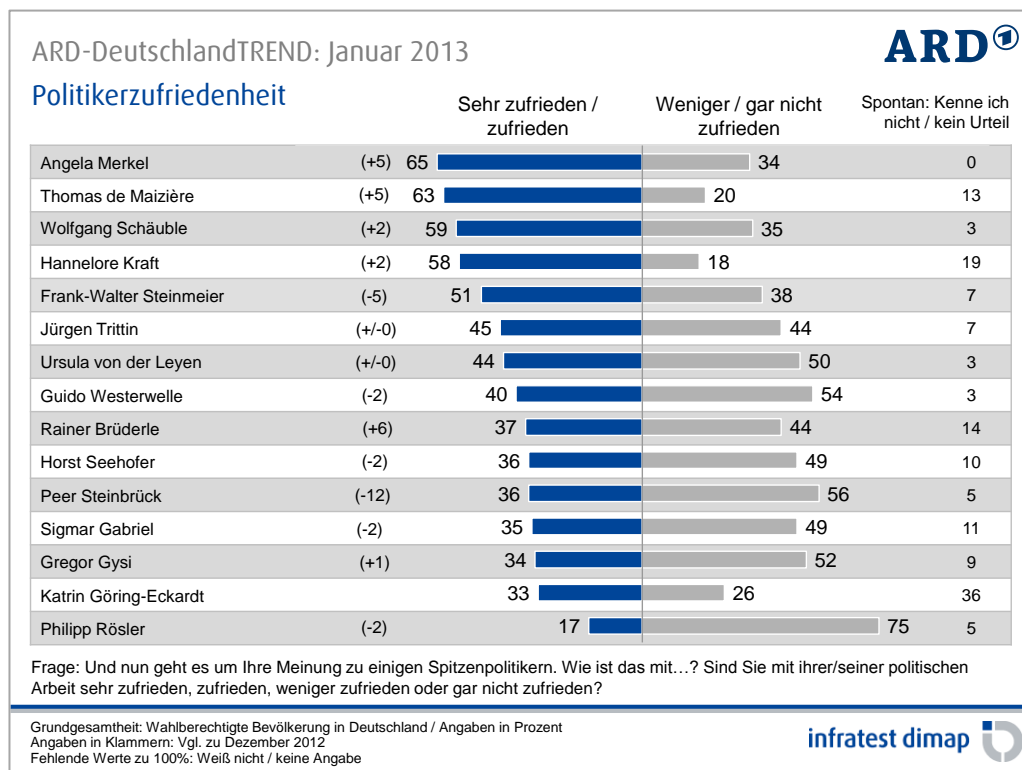
In der politischen Stimmung kämen CDU/CSU wie bereits in der Vorwoche auf 41 Prozent. Demgegenüber verliert die SPD binnen Wochenfrist 1 Punkt und erreicht zu Beginn des Wahljahres 28 Prozent der Stimmen. Dies kommt den Grünen zugute, die sich um 2 Punkte auf nun 14 Prozent verbessern. Linke und FDP halten ihren Wähleranteil konstant bei 6 bzw. 4 Prozent. Die Piraten bleiben mit 3 Prozent (-1) genauso unterhalb der Mandatsschwelle wie die Liberalen. Der FDP hat ihr Treffen am Dreikönigstag damit zwar nicht zählbar genutzt – ihre innerparteilichen Konflikte haben sich aber auch nicht negativ ausgewirkt.

Mittlerweile wünschen sich die Bürger wieder stärker eine von der Union geführte Regierung – auch nach der Bundestagswahl. Zugleich steigt aber die Zahl derer, die Schwarz-Gelb nicht mehr wollen (59 Prozent). Diese Kritik richtet sich in erster Linie gegen die FDP. Die Liberalen werden als besonders zerstritten wahrgenommen (65 Prozent), deren Probleme mit einem Rücktritt des Parteichefs Rösler nicht beseitigt sind (78 Prozent). Lediglich ein Viertel (23 Prozent) der Bürger ist der Auffassung, die FDP habe in den letzten Jahren in Deutschland etwas bewegt. Hinzu kommt, dass 69 Prozent meinen, dass von den Parteien in Deutschland nicht nur die FDP für liberale Inhalte steht.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND Januar 2013, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 7. bis 9. Januar 1.001, für die Sonntagsfrage 1.501 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

## Politikerbewertung: Merkel mit Plus auf Platz 1, Steinbrück mit zweistelligem Minus

Der SPD-Kanzlerkandidat muss nach der Debatte um seine Äußerungen zum Gehaltsniveau deutscher Bundeskanzler einen massiven Ansehensverlust hinnehmen. Zu Beginn des Wahljahres äußern sich nur noch 36 Prozent der Bürger zufrieden mit Peer Steinbrücks politischer Arbeit – ein Minus von 12 Punkten im Vergleich zum Vormonat und sein niedrigster Wert nach seinem Ausscheiden als Finanzminister. Auch in der sozialdemokratischen Anhängerschaft verliert er zweistellig und verfügt in den eigenen Reihen mit einem Zustimmungswert von 62 Prozent über deutlich weniger Rückhalt als Angela Merkel mit 90 Prozent in der Unions-Anhängerschaft. Steinbrück rutscht mit dieser Bewertung in das untere Mittelfeld der in diesem Monat abgefragten Spitzenpolitiker. Spitzenreiterin der Politiker-Rangliste bleibt Bundeskanzlerin Angela Merkel, die dank eines Ansehenszuwachses von 5 Punkten derzeit einen Zufriedenheitswert von 65 Prozent erreicht. Knapp dahinter liegt Verteidigungsminister Thomas de Maizière, der im gleichen Umfang zulegt und 63 Prozent Zustimmung verzeichnet. Er erreicht damit erneut seinen Rekordwert aus dem Januar 2012. Zum Spitzenquartett gehören darüber hinaus Finanzminister Wolfgang Schäuble (59 Prozent, +2) und die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (58 Prozent, +2).



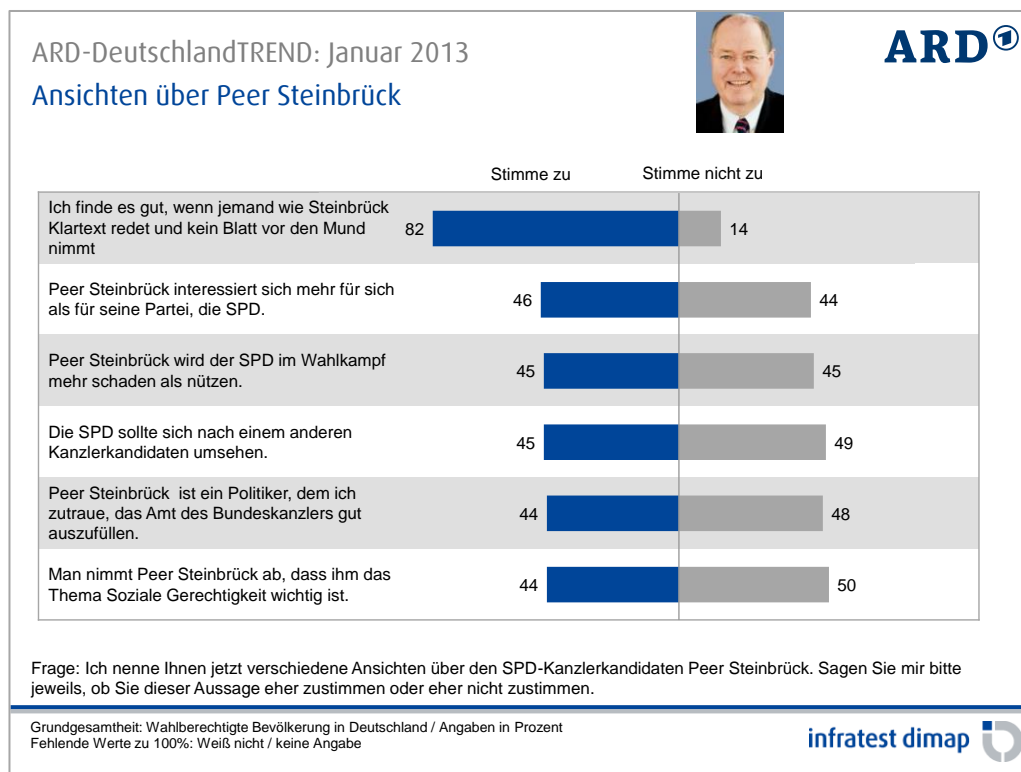
Kraft ist damit aktuell die beliebteste der im DeutschlandTREND abgefragten SPD-Politiker: Sie rangiert sowohl vor dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier mit 51 Prozent (-5) als auch deutlich vor Steinbrück und dem SPD-Parteichef Sigmar Gabriel (35 Prozent, -2).

Einen guten Platz im oberen Mittelfeld erreicht der Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin: Mit der Arbeit des Fraktionsvorsitzenden ist fast die Hälfte der Deutschen zufrieden (45 Prozent, +/-0). Trittin bekommt damit etwa genauso viel Zuspruch wie die CDU-Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (44 Prozent, +/-0). Guido Westerwelle (40 Prozent, -2) erreicht trotz leichter Verluste im Vergleich mit seinen Parteikollegen Rainer Brüderle (37 Prozent, +6) und Philipp Rösler (17 Prozent, -2) den besten Wert. Der Fraktionsvorsitzende Brüderle ist allerdings der einzige der drei, der sich nach dem Dreikönigstreffen der Liberalen über einen Ansehenszuwachs freuen kann. Zugleich verzeichnet der Pfälzer seinen bisher besten im ARD-DeutschlandTREND gemessenen Wert.

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer ist mit 36 Prozent (-2) wohlwollenden Urteilen knapp vor dem Linken-Fraktionschef Gregor Gysi (34 Prozent, +1) platziert. Für Gysi ist das der höchste Wert im ARD-DeutschlandTREND. Die per Urwahl zur Spitzenkandidatin der Grünen gekürte Katrin Göring-Eckardt bekommt von 33 Prozent der Bürger positive Noten. Mehr als ein Drittel traut sich allerdings mangels Bekanntheit noch kein Urteil über die grüne Spitzenfrau zu. Schlusslicht ist erneut der FDP-Vorsitzende Rösler.

## Fast jeder Zweite: Steinbrück schadet dem SPD-Wahlkampf

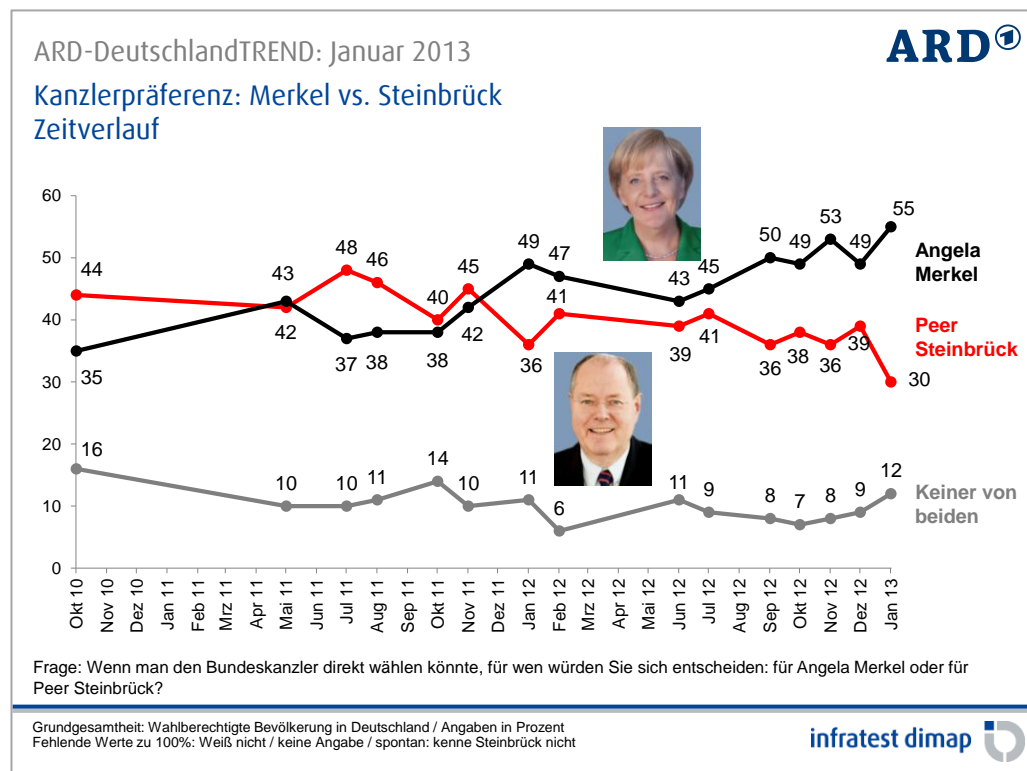
Der massive Ansehensverlust des SPD-Kanzlerkandidaten ist vor allem in einem Defizit an Glaubwürdigkeit begründet. Zwar finden es acht von zehn Bürger (82 Prozent) gut, dass eine Persönlichkeit wie Steinbrück kein Blatt vor den Mund nimmt und Klartext redet. Allerdings sind 46 Prozent der Überzeugung, dass Steinbrück mehr an seinen persönlichen Interessen orientiert als an den Interessen seiner Partei. Dieser Meinung ist auch ein Viertel der SPD-Anhänger. Zudem nimmt ihm die Hälfte der Bevölkerung (50 Prozent) nicht ab, dass ihm das für die Sozialdemokraten zentrale Thema soziale Gerechtigkeit wichtig ist. Auch in den eigenen Reihen wird bei immerhin knapp einem Drittel solche Skepsis gegenüber dem SPD-Mann geäußert.



Auch wenn nahezu jeder Zweite (44 Prozent) Peer Steinbrück zutraut, das Amt des Bundeskanzlers gut auszufüllen, sind in der Summe genauso viele überzeugt, dass der ehemalige Finanzminister seiner Partei im Bundestagswahlkampf mehr schaden als nutzen wird (45 Prozent). Dieser Auffassung sind auch immerhin drei von zehn SPD-Anhänger. Dass sich die Sozialdemokraten nach einem neuen Kanzlerkandidaten umsehen sollten, meinen 45 Prozent aller Wahlberechtigten, 49 Prozent sehen keinen Bedarf für einen neuen Kandidaten. In der SPD-Anhängerschaft ist jeder Vierte dieser Meinung, knapp drei Viertel verwerfen diesen Gedanken (26:71 Prozent).

## Kanzler-Direktwahl: Merkel distanziert Steinbrück

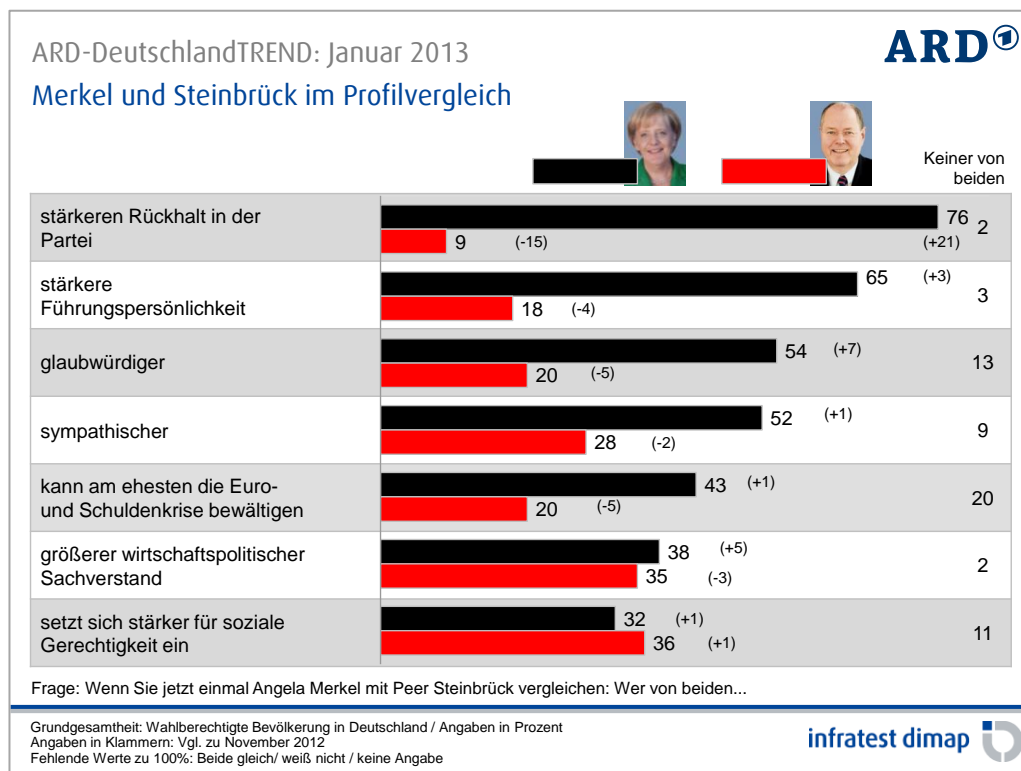
Die gestiegene Popularität der Kanzlerin und der Ansehensverlust des SPD-Kanzlerkandidaten spiegelt sich auch in der Kanzlerpräferenz. Wenn die Bundesbürger den Regierungschef direkt wählen könnten, würden sich 55 Prozent für Angela Merkel und 30 Prozent für Peer Steinbrück entscheiden. Die Kanzlerin kann damit den Vorsprung vor ihrem Herausforderer zu Beginn des Wahljahres auf 25 Punkte ausbauen.



Die CDU/CSU-Anhänger stehen weitgehend geschlossen hinter der Kanzlerin (94 Prozent). Der SPD-Kandidat wird in den eigenen Reihen von zwei Dritteln (66 Prozent) unterstützt, mehr als jeder fünfte SPD-Anhänger (23 Prozent) bevorzugt die Amtsinhaberin. Der Rückhalt Steinbrücks in den eigenen Reihen ist im Vergleich zum Dezember etwas zurück gegangen (-5). Dieser Rückgang ist jedoch nicht Merkel zu Gute gekommen: Hingegen ist der Anteil der SPD-Anhänger, die sich derzeit für keinen der beiden entscheiden können oder wollen, von 3 auf 11 Prozent gestiegen.

## Profilvergleich: Merkel stärkere Führungspersönlichkeit und glaubwürdiger als Steinbrück

Der größere Vorsprung der Kanzlerin wirkt sich auch auf den Profilvergleich mit dem Herausforderer aus. Angesichts der anhaltenden Diskussionen um den SPD-Kanzlerkandidaten haben die Wähler den Eindruck, dass die Kanzlerin einen weitaus größeren Rückhalt in der eigenen Partei genießt als der Herausforderer (76:9 Prozent). Die Bürger schreiben Merkel zudem eine größere Führungsstärke (65:18 Prozent) zu und empfinden sie als glaubwürdiger (54:20 Prozent) und sympathischer (52:28 Prozent). Sie genießt zudem ein höheres Vertrauen im Hinblick auf die Bewältigung der anhaltenden Euro- und Schuldenkrise (43:20 Prozent) als Steinbrück.

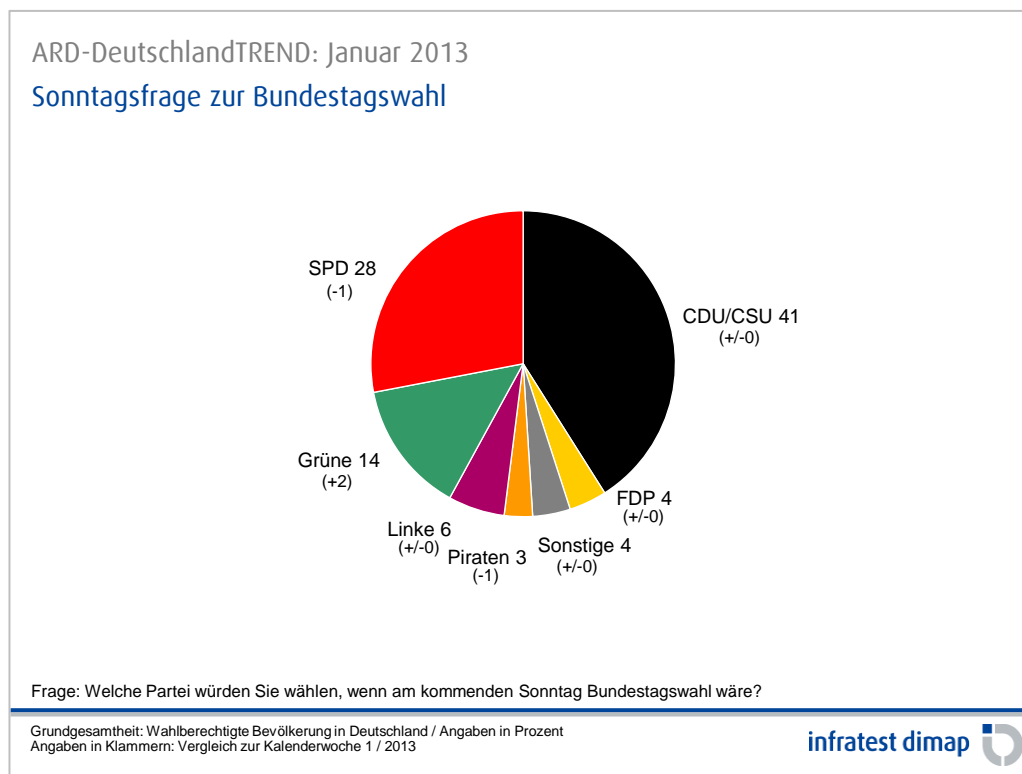


Anders als noch im November kann die Kanzlerin aktuell mit einem aus Sicht der Bürger größeren wirtschaftspolitischen Sachverstand punkten (38:35 Prozent). Steinbrück wird ein etwas größeres Engagement für den sozialen Ausgleich attestiert (36:32 Prozent) als der Kanzlerin. Bei diesem klassisch sozialdemokratischen Thema ist dem Herausforderer jedoch in den letzten beiden Monaten keine deutlichere Profilierung gelungen.

Angela Merkel hat im Vergleich zur Umfrage im November durchweg an Zuspruch gewonnen, während Steinbrück fast durchweg Einbußen hinnehmen muss. Aus Sicht der Bürger hat die Kanzlerin besonders deutlich an Rückhalt in den eigenen Reihen gewonnen (+21) sowie in Punkto Glaubwürdigkeit (+7) und ökonomischem Sachverstand (+5) zugelegt.

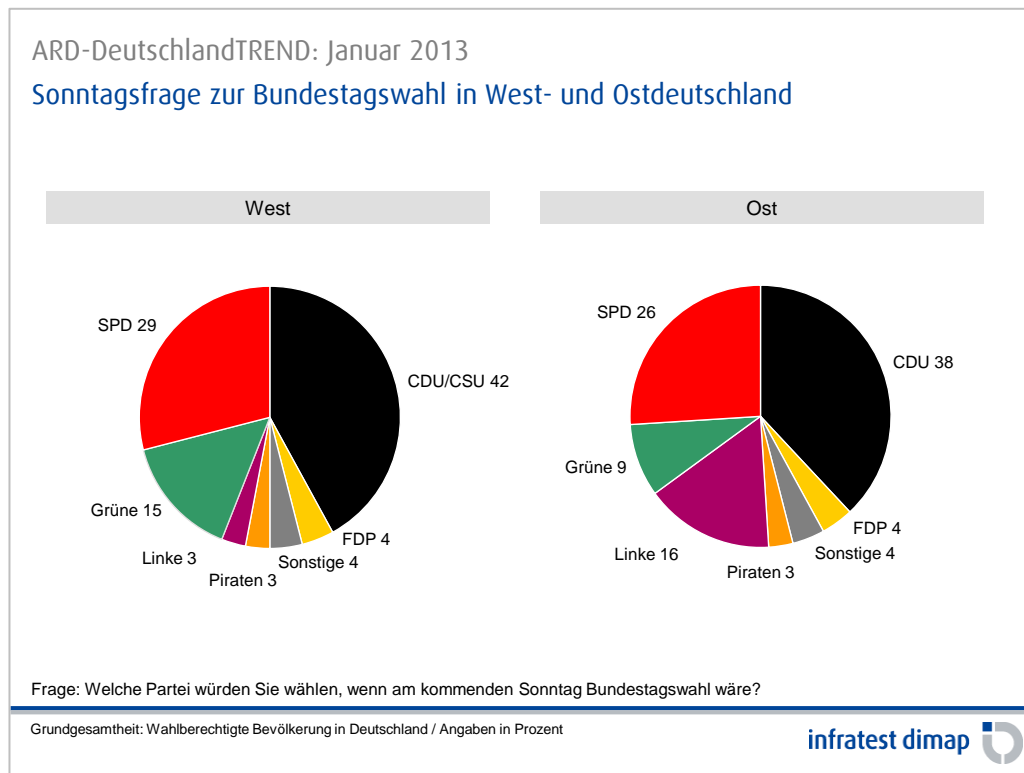
## Sonntagsfrage: SPD nun 13 Punkte hinter der Union

Die starke Stellung der Kanzlerin und der Wunsch nach einer weiteren Führung des Bundesregierung durch die CDU/CSU wirkt sich in der politischen Stimmung positiv für die Unions-Parteien aus. Wenn die Bundestagswahl nicht erst im September, sondern bereits am nächsten Sonntag stattfände, kämen CDU/CSU wie bereits in der Vorwoche auf 41 Prozent der Wählerstimmen. Demgegenüber verlieren die Sozialdemokraten binnen Wochenfrist 1 Punkt und könnten zu Beginn des Wahljahres 28 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Dies kommt den Grünen zugute, die sich um 2 Punkte auf nun 14 Prozent verbessern. Linke und FDP halten ihren Wähleranteil konstant bei 6 bzw. 4 Prozent. Die Piraten bleiben mit 3 Prozent (-1) genauso unterhalb der Mandatsschwelle wie die Liberalen. Der FDP hat ihr Treffen am Dreikönigstag damit zwar nicht zählbar genutzt – ihre innerparteilichen Konflikte haben sich aber auch nicht negativ ausgewirkt. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 4 Prozent erzielen.



Wäre dies das Ergebnis des Urngangs hätte neben einer Großen Koalition sowohl ein Bündnis aus Union und Grünen sowie ein rot-rot-grünes Bündnis eine Mehrheit der Mandate im Parlament.

In den alten Bundesländern erreicht die Union erneut 42 Prozent und liegt damit auch hier 13 Punkte vor den Sozialdemokraten (29 Prozent). Die Grünen verbessern sich auf 15 Prozent. FDP (4 Prozent), Linke (3 Prozent) und Piraten (3 Prozent) verbleiben unterhalb der 5-Prozent-Marke.

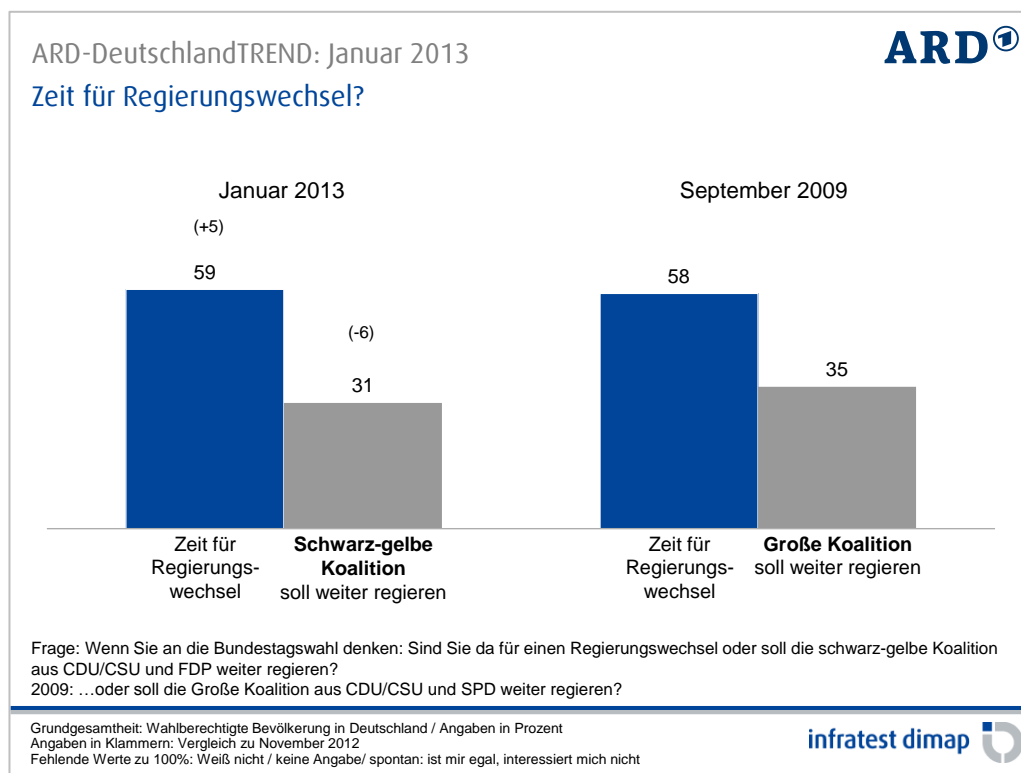


In den neuen Bundesländern muss die CDU einen Punkt abgeben und bekommt derzeit einen Stimmenanteil von 38 Prozent. Deutlich dahinter die SPD mit 26 Prozent. Drittstärkste Kraft im Osten ist die Linke mit 16 Prozent, die Grünen erreichen 9 Prozent. Für die FDP würden 4 Prozent, für die Piraten 3 Prozent votieren.

Die ‚Sonntagsfrage‘ misst aktuelle Wahlneigungen, kein tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess, der erst am Wahltag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

## Mehrheit gegen Fortsetzung von Schwarz-Gelb wächst

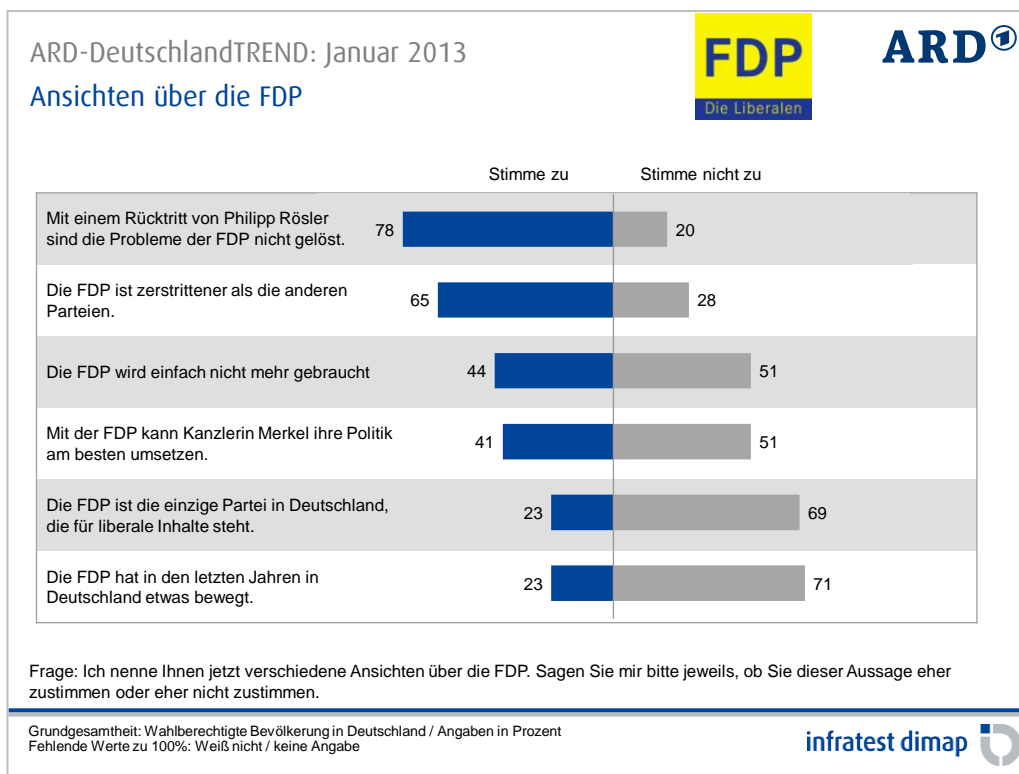
Die Fortsetzung der Union/FDP-Koalition ist zu Beginn des Wahljahres nicht nur rechnerisch unmöglich, sondern auch mehrheitlich nicht gewünscht. Sechs von zehn Bundesbürgern (59 Prozent, +5) plädieren für einen Regierungswechsel, nur knapp jeder Dritte (31 Prozent, -6) spricht sich für die Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition aus.



Im Vergleich zur Umfrage im November hat das Ansehen der schwarz-gelben Regierungskoalition deutlich abgenommen und der Wunsch nach einem politischen Wechsel ist ähnlich ausgeprägt wie vor der Bundestagswahl 2009 zu Zeiten der Großen Koalition.

## FDP: Rücktritt Röslers würde Probleme nicht beseitigen

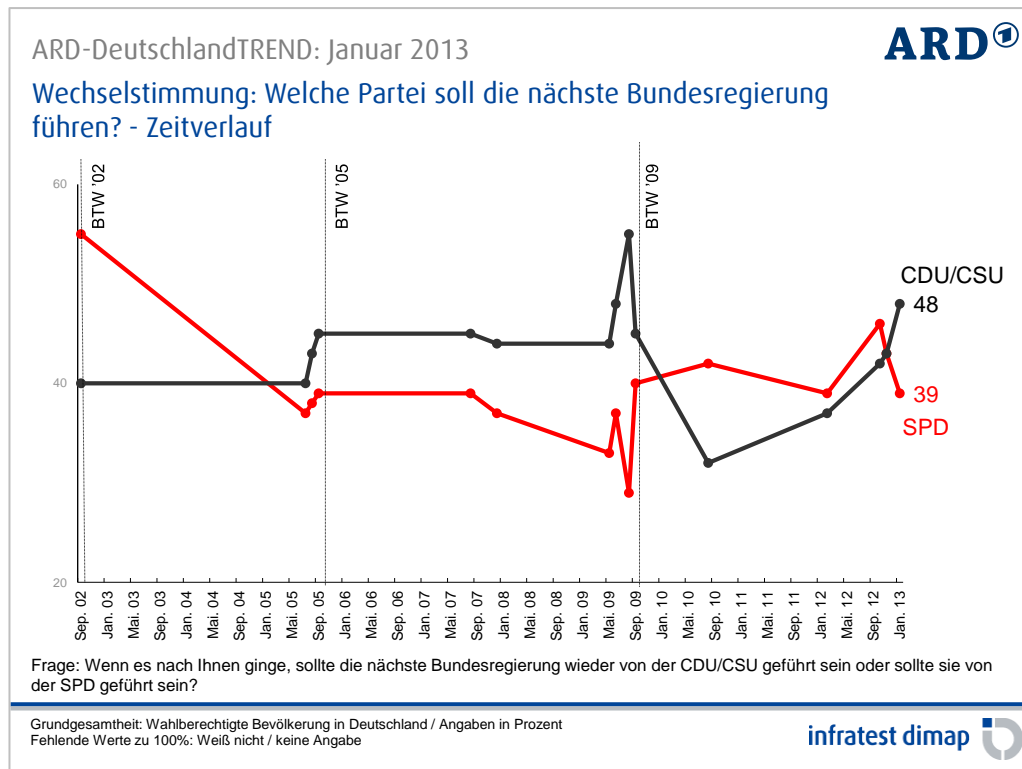
Die hohen Stimmungswerte für die Union und die große Beliebtheit Merkels zeigen, dass der Wunsch nach einem Regierungswechsel vor allem von dem Wunsch getragen ist, den Koalitionspartner auszuwechseln. Die internen Auseinandersetzungen in der FDP um den richtigen Kurs der Partei und die damit verbundenen Personalfragen bestimmen seit längerem das Erscheinungsbild der Liberalen in der Öffentlichkeit. Auch bei zwei Dritteln der Bürger (65 Prozent) hat sich der Eindruck festgesetzt, dass die FDP zerstrittener ist als die anderen Parteien. Zugleich glaubt nur ein Fünftel (20 Prozent) daran, dass mit einem Rücktritt von Parteichef Phillip Rösler die Schwierigkeiten der Partei beseitigt wären. Die große Mehrheit von 78 Prozent glaubt, dass die Probleme tiefer liegen.



Ein Grund dürfte ein Mangel an Gestaltungskraft sein, denn nur eine Minderheit (23 Prozent) ist der Auffassung, die FDP habe in den letzten Jahren eine wichtige politische Rolle gespielt und in Deutschland etwas bewegt. Zudem bezweifelt eine große Mehrheit (69 Prozent), dass die FDP – in früheren Zeiten Hüterin des Liberalismus – die einzige Partei in Deutschland ist, die für liberale Inhalte steht. Darüber hinaus ist die Hälfte der Bevölkerung (51 Prozent) überzeugt, dass Kanzlerin Merkel nicht auf die FDP als Partner einer bürgerlichen Koalition angewiesen ist und ihre Politik auch mit einer andere Partei umsetzen kann. Ungeachtet dessen und auch angesichts mäßiger Erfolgsaussichten der Liberalen bei den kommenden Wahlen in diesem Jahr lehnt jeder Zweite (51 Prozent) die Aussage ab, die FDP würde einfach nicht mehr gebraucht. Immerhin 44 Prozent halten die Partei hingegen eher für verzichtbar.

## Bürger plädieren für Unions-geführte Bundesregierung nach der Wahl

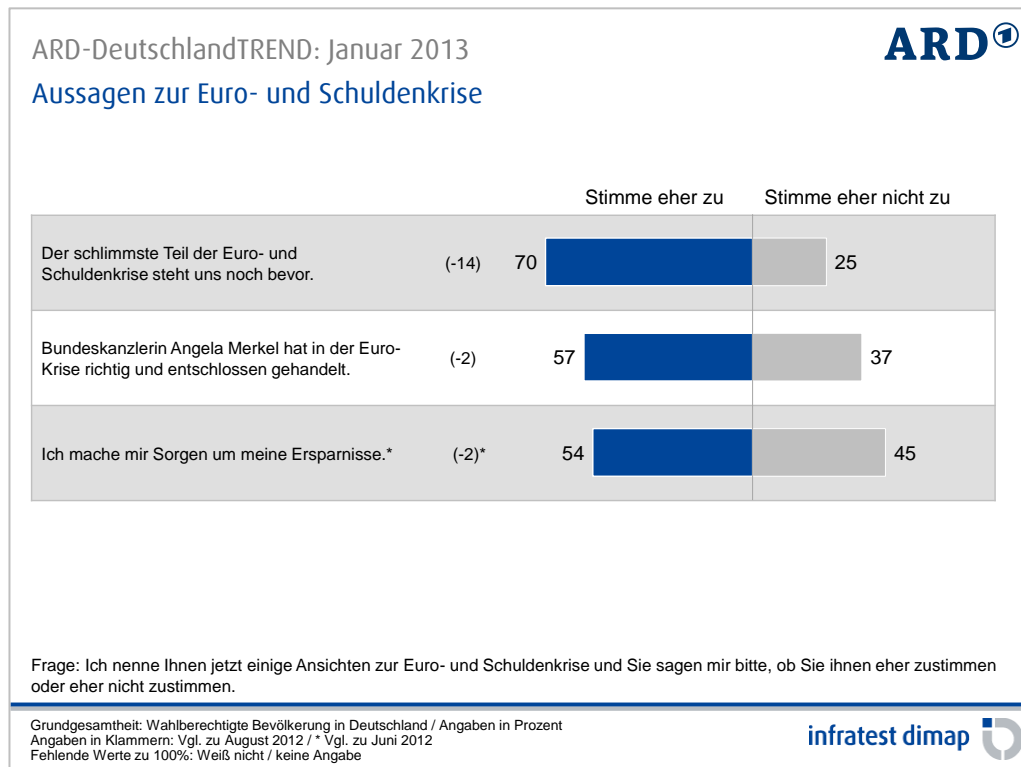
Dass die Bundesbürger mit ihrem Wunsch nach einem Regierungswechsel einen dosierten Wechsel und dabei nicht die führende Regierungspartei im Blick haben, macht die Frage nach der Führung der nächsten Bundesregierung deutlich. Aktuell spricht sich fast jeder Zweite (48 Prozent) dafür aus, dass die nächste Bundesregierung weiterhin von der CDU/CSU geführt wird, während 39 Prozent eine SPD-geführte Bundesregierung nach der nächsten Wahl bevorzugen.



In dieser Führungsfrage hat die SPD im Vergleich zu November an Boden verloren (-4), während der Union (+5) die Führungsrolle nun erstmals in der laufenden Legislaturperiode zugeschrieben wird.

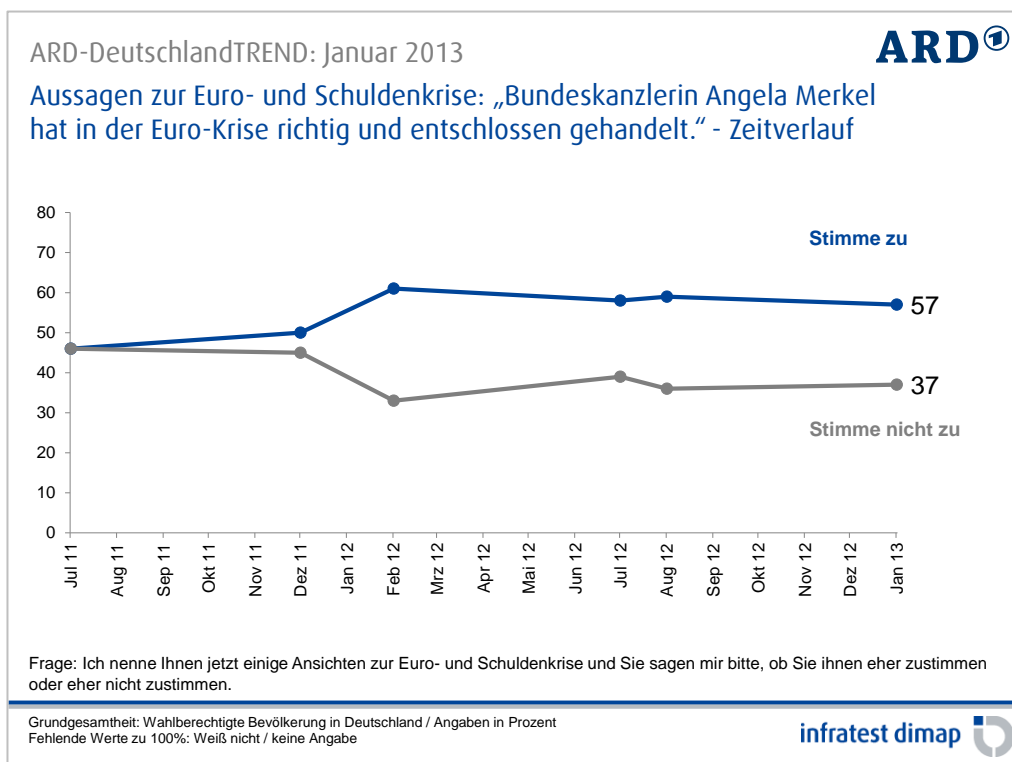
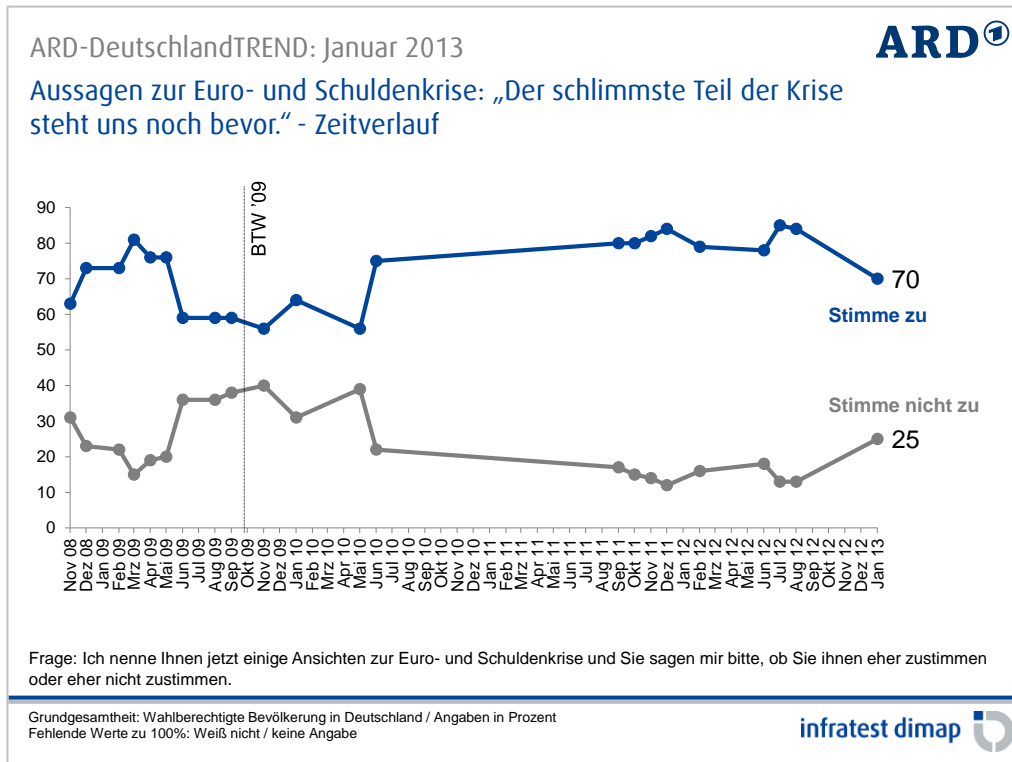
## Euro- und Schuldenkrise wird weiter als bedrohlich empfunden

In letzter Zeit hat sich die Aufregung über die Euro- und Schuldenkrise etwas gelegt. Von Seiten der verantwortlichen Politiker wurde mehrfach versichert, dass man die Probleme im Griff habe. Die Mehrheit der Bundesbürger betrachtet indes solche Meldungen eher skeptisch. Sieben von zehn (70 Prozent) glauben, der schlimmste Teil der Krise stünde uns noch bevor. Jeder Vierte (25 Prozent) betrachtet den künftigen Gang der Dinge hingegen eher gelassen. Eine gewisse Entspannung ist allerdings durchaus zu beobachten: Im August letzten Jahres befürchteten noch 84 Prozent, die fiskalischen Probleme könnten sich weiter verstärken.



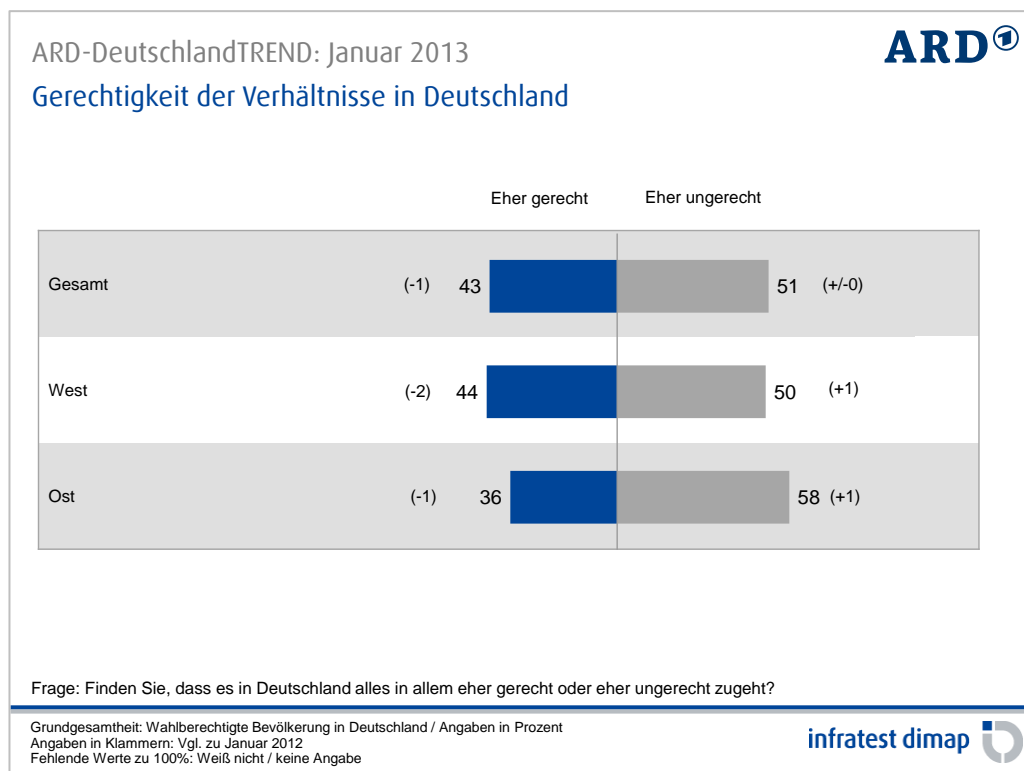
Unverändert hoch bleiben hingegen die Sorgen der Menschen um ihre Ersparnisse. Dass mit dem Geld „auf der hohen Kante“ etwas passieren könnte, glauben derzeit 54 Prozent, genauso viele wie im Juni 2012.

Bundeskanzlerin Angela Merkel genießt in diesem Zusammenhang weiterhin das Vertrauen der Mehrheit in der Bevölkerung. In der Euro- und Schuldenkrise richtig und entschlossen gehandelt zu haben, wird ihr von 57 Prozent attestiert, während 37 Prozent mehr oder minder deutliche Kritik an ihrem Kurs äußern.



## Jeder Zweite sieht Gerechtigkeitslücke

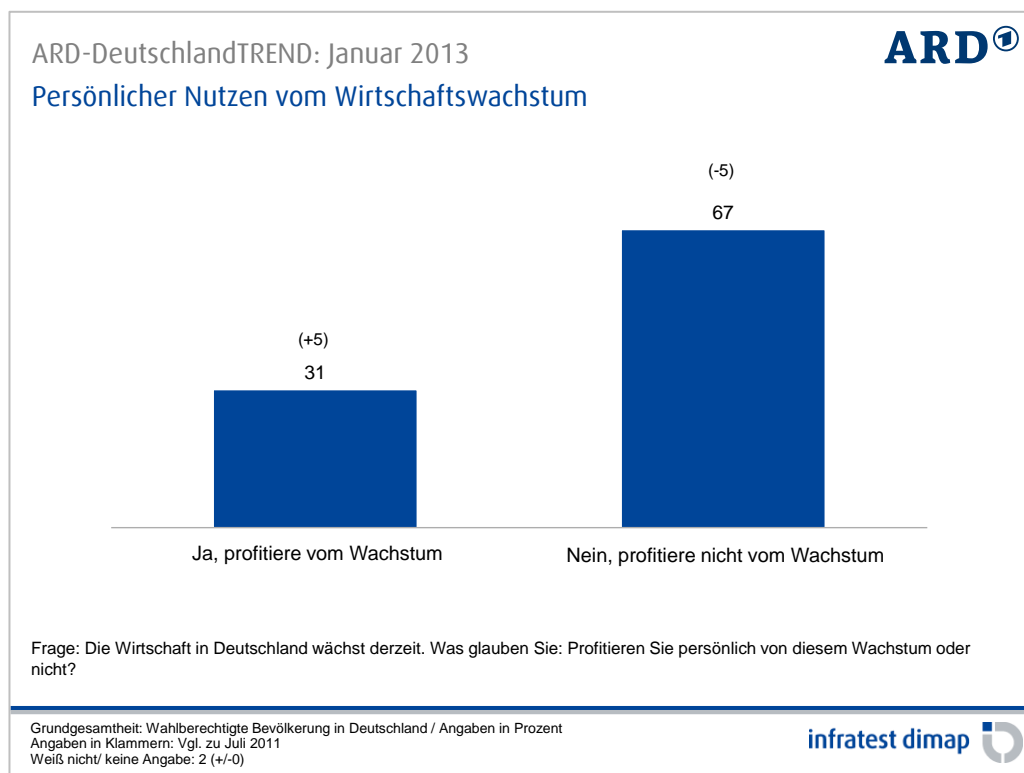
Jeder zweite Bundesbürger (51 Prozent) glaubt, dass es in Deutschland alles in allem eher ungerecht zugeht. Nur wenig geringer fällt mit 43 Prozent die Zahl derer aus, die vom Gegenteil überzeugt sind.



Die Sicht auf die Frage nach der Gerechtigkeit hierzulande wird in starkem Maße vom sozialen Status bestimmt. Je besser die Schulbildung und je höher das Einkommen der Menschen, desto seltener wird über bestehende Ungerechtigkeiten geklagt. Unter den Bürgern mit Abitur und jenen mit einem Haushaltseinkommen von über 3.000 Euro können sogar Mehrheiten von 59 bzw. 58 Prozent keine soziale Schieflage erkennen.

## Mehrheit profitiert nicht vom Wirtschaftswachstum

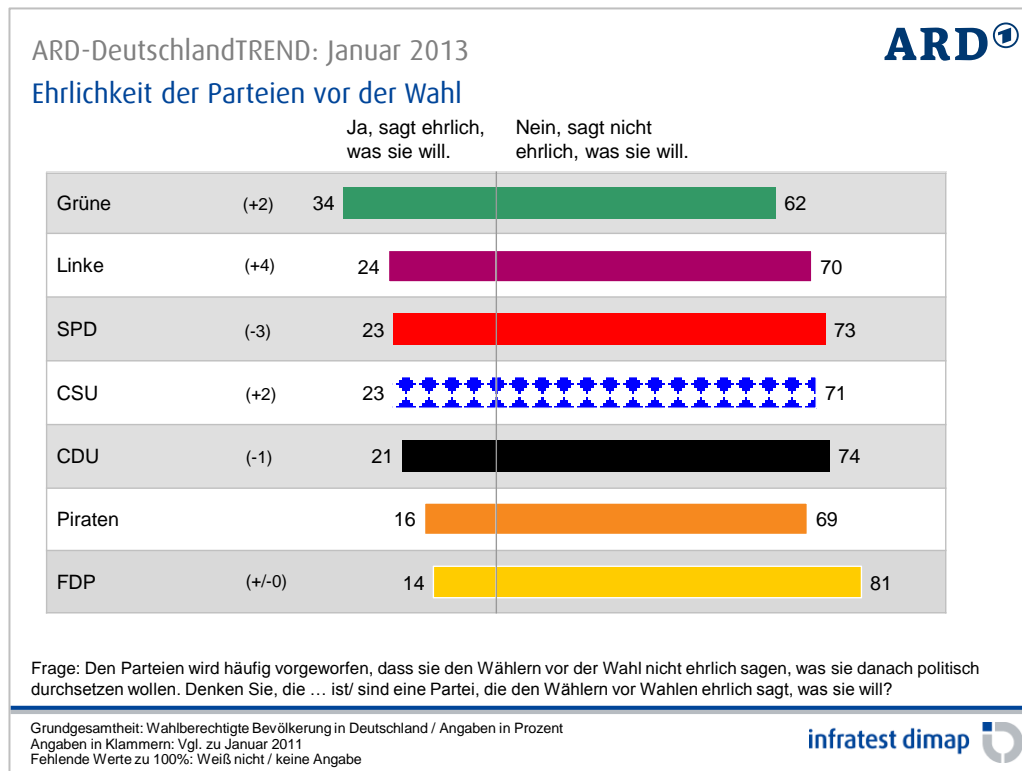
Ein Grund für dieses wahrgenommene Gerechtigkeitsdefizit liegt wohl darin, dass lediglich ein Drittel (31 Prozent) den Eindruck hat, von dem weitgehen unbestrittenen Wirtschaftsaufschwung auch persönlich zu profitieren. Die große Mehrheit (87 Prozent) beklagt, nicht an der positiven ökonomischen Entwicklung teilzuhaben.



Das Gefühl, zu den Nutznießern zu gehören hat sich im Vergleich zum Juli 2011 zwar etwas verstärkt (+5 Punkte), an der grundlegenden Relation von Gewinnern und Verlierern hat sich aber dadurch nichts Wesentliches geändert.

## Alle Parteien haben ein Glaubwürdigkeitsdefizit

Den Parteien wird häufig vorgeworfen, vor Wahlen anders zu reden als sie nach der Wahl handeln. Das gilt nach Meinung der Mehrheit der Bevölkerung für alle politischen Gruppierungen. Noch vergleichsweise am besten kommen die Grünen davon, von denen 34 Prozent sagen, sie würden den Wählern ehrlich sagen was sie nach der Wahl umsetzen wollen. Skeptisch äußern sich mit Blick auf die Öko-Partei 62 Prozent der Bürger.



Noch kritischer werden die anderen Parteien bewertet: Ehrlichkeit in den Aussagen der Linken (24 Prozent), der Sozialdemokraten (23 Prozent) und der CSU (23 Prozent) erkennen jeweils rund ein Viertel, sieben von zehn glauben den Aussagen der drei Parteien hingegen eher nicht.

Noch schlechter bestellt ist es um die Glaubwürdigkeit der FDP und der Piratenpartei. Lediglich 14 bzw. 16 Prozent bescheinigen beiden Parteien, den Wählern vor der Wahl die Wahrheit über ihre politischen Absichten zu sagen.

--

Richard Hilmer  
Reinhard Schlinkert